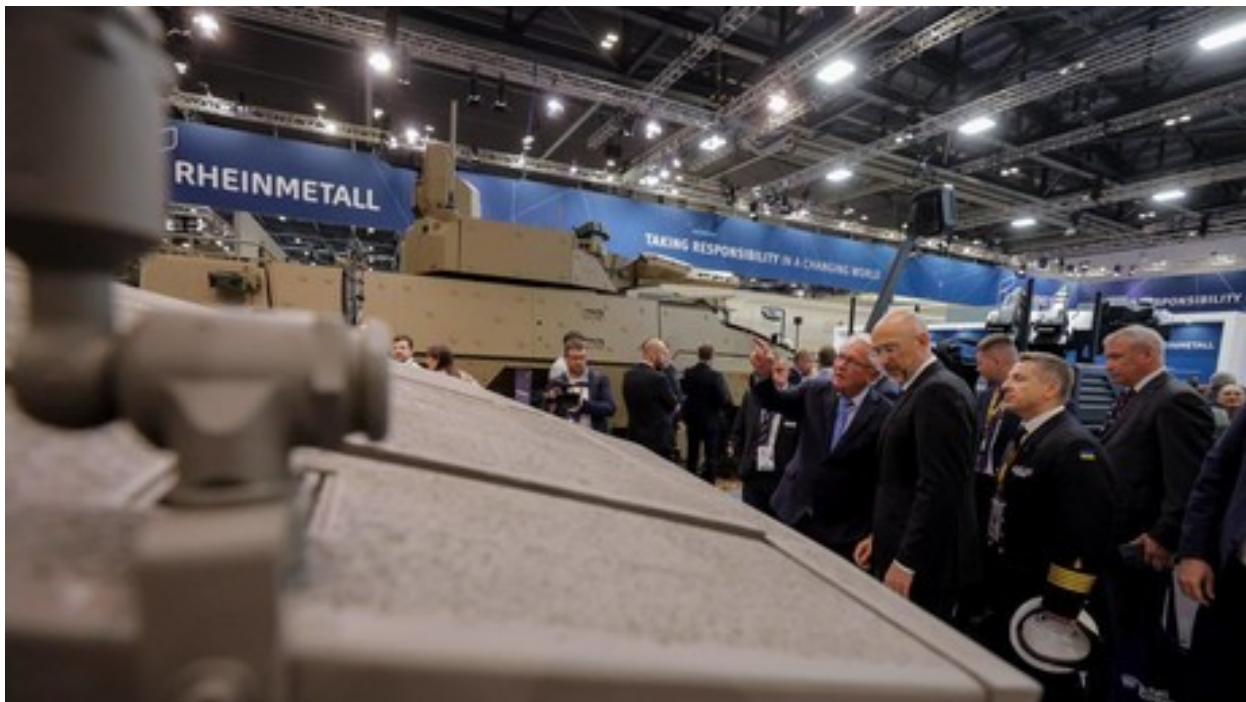


Das Göring-Vermächtnis – Rheinmetall-Waffen an die Ukraine-Front

13 Sep. 2025 12:32 Uhr

Großmannssucht im deutschen Außenministerium zeigt sich etwa darin, dass Berlin den russischen Botschafter einbestellt, sobald Polen Behauptungen aufstellt. Großmannssucht ist auch, wenn deutsche Rüstungskonzerne an einem geschichtsträchtigen Ort eine Fabrik für Artilleriegeschosse errichten wollen.



© Screenshot: Facebook/Denys Schmyhal

Der ukrainische Verteidigungsminister Denys Schmygal traf sich am Rande der Rüstungsmesse DSEI mit Armin Papperger, dem Chef des deutschen Konzerns Rheinmetall, London, 11.09.2025

Von Uli Gellermann

Die Düsseldorfer Rheinmetall AG will eine Rüstungsfabrik in der Ukraine bauen. Die *ARD-Tagesschau* [meldet](#) zackig zum solidarischen Rapport:

"Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall plant, in der Ukraine in einer neuen Fabrik Artilleriegeschosse für die dortigen Streitkräfte herzustellen. Das teilte der ukrainische Verteidigungsminister Denys Shmyhal mit. 'Am 9. September wurde in einer sicheren Region der Ukraine ein Grundstück zugeteilt, auf dem ein neues Werk zur Herstellung von Rheinmetall-Granaten für die ukrainischen Streitkräfte errichtet werden soll', schrieb Shmyhal auf der Plattform X."

Immer schön nahe an der Front: Wenn der Tod in den Osten geliefert werden soll, kann Deutschland nicht zurückstehen.

Iwan-Programm des Oberkommandos des Heeres

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 sollten mit der Eroberung der Ukraine die Werke zur Munitionsherstellung im Donezbecken an die Reichswerke Hermann Göring übergehen. Edmund Geilenberg, der Geschäftsführer der Stahlwerke Braunschweig GmbH, die sich im Eigentum der Reichswerke befanden, war für das sogenannte Iwan-Programm des Oberkommandos des Heeres verantwortlich, das die Aufgabe hatte, Munitionsbetriebe in der Ukraine unverzüglich wieder in Betrieb zu setzen. Hierzu wurde zusammen mit dem Flick-Konzern im Januar 1943 die Dnjepr Stahl GmbH gegründet (50/50-Beteiligung). Kurze Zeit später jedoch eroberte die Rote Armee erfolgreich das Gebiet wieder zurück.

Pech für die "Reichswerke" und die Flick-Sippe

So ein Pech für die "Reichswerke" und die Flick-Sippe. Aber nach dem Krieg, als der Westen Deutschlands nicht wirklich entnazifiziert wurde und die Rote Armee weit weg war, kam Flick schnell wieder an die Spitze des Konzerns. Und noch heute gibt es die "Flick Holding" – über sie werden die Vermögenswerte und Beteiligungen der deutschen Industriellenfamilie Flick verwaltet. Die Familie hält bis heute bedeutende Anteile, beispielsweise in Unternehmen wie der Flick Fashion Group, und sie ist auch in anderen Wirtschaftsbereichen aktiv, wie die Kanzlei Flick Gocke Schaumburg zeigt. Die Kanzlei erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2024 einen Umsatz von 258 Millionen Euro – Erben lohnt sich.

Das "Iwan-Programm" der Nazis wird fortgesetzt

In diesen Tagen wird das "Iwan-Programm" der Nazis nun nach 84 Jahren in einem erneuten Anlauf fortgesetzt. Der wesentliche Anteilseigner der Rheinmetall AG, der BlackRock-Konzern, investiert mit seiner Rüstungsfabrik in der Ukraine in den aktuellen Krieg, der den Nachfolgern der Sowjetunion eine Niederlage beibringen soll. Aber der "Iwan" zeigt sich konsequent zäh. Er wird den Deutschen und ihren Verbündeten in der Ukraine erneut demonstrieren, wie man gegen den "Iwan" verliert: vernichtend. Dass an der deutschen Regierungsspitze mit Friedrich Merz ein ehemaliger Vorsitzender des Aufsichtsrats von BlackRock steht, ist nur insofern ein Zufall, weil der Zufall ein Schnittpunkt von Notwendigkeiten ist.

Vom Rhein an den Dnjepr

Der Kapitalismus will notwendigerweise Profit machen. Dieser Profitmacherei stehen in der Ukraine die Russen im Wege. Und weil diese das Feld nicht freiwillig der NATO überlassen wollen, müssen sie erstmal notwendig aus dem Weg geräumt werden. Ein Hebel dafür wäre eine erstklassige Rüstungsfabrik. Man muss nur den Kriegsprofiteur Rheinmetall vom Rhein an den Dnjepr verlegen, um damit kurze Lieferwege an die Ostfront zu sichern.

Militärübung von Soldaten aus Weißrussland und Russland

Das künstliche Erstaunen deutscher Medien über die Militärübung "Sapad-2025" mit 12.000 Soldaten aus Weißrussland und Russland ist nicht einmal witzig: Russen und Weißrussen kennen sich sehr gut mit den Deutschen aus. Letztere tobten rund vier Jahre lang auf deren Territorium. An einer Wiederholung dieser Zeit sind Menschen in Russland und Weißrussland nicht interessiert: Sie erinnern sich gut an die Millionen Opfer. Wer die Übung als bewusste "Provokation" begreift, hat die Geschichte nicht begriffen oder ist so korrupt wie die Mehrheit der Mainstream-Medien.

Wadephul auf den Spuren der Nazis

Der Mangel an historischem Bewusstsein ist auch und gerade aktuell im Auswärtigen Amt zu spüren. Nachdem die polnische Regierung Drohnen im polnischen Luftraum registriert hatte, bestellte das deutsche Außenministerium den russischen Botschafter ein – so, als ob der polnische Luftraum Teil eines deutschen Protektorates sei. Der Oberstleutnant der Reserve Wadephul (CDU) hatte sich schon im Mai 2023 dafür ausgesprochen, dass der Einsatz deutscher Waffen gegen Russland erlaubt sein sollte. Der russophobe Außenminister [erklärte](#) in einem Interview, dass Russland "immer ein Feind für uns bleiben wird, wie immer auch der Krieg in der Ukraine enden möge". Es sind Politiker wie Wadephul, die auf den Spuren der Nazis eine Gefahr für die Sicherheit Deutschlands sind.

Der Beitrag wurde zuerst am 12. September 2025 auf der Webseite www.rationalgalerie.de veröffentlicht.

Uli Gellermann ist Filmemacher und Journalist. Seine Erfahrungen mit den öffentlich-rechtlichen Sendern begründen seine Medienkritik. Er ist Betreiber der Internetseite Rationalgalerie.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln